

II-3010 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr 1531/J

1977-12-07

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Feurstein, Hagspiel, Dr. Blenk
und Genossen
an den Bundesminister für Unterricht und Kunst

betreffend Parlamentsbesuche im Rahmen der Aktion
"Österreichs Jugend lernt ihre Bundeshauptstadt kennen."

Im Februar 1977 erging von der Abteilung 53 des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst an alle Reiseleiter(innen) ein Schreiben, in dem bezüglich der Parlamentsbesuche im Rahmen der Aktion "Österreichs Jugend lernt ihre Bundeshauptstadt kennen" folgendes festgestellt wird: "Nun wurde dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst durch die Parlamentsdirektion mitgeteilt, daß es anlässlich solcher Besuche in letzter Zeit häufig zu Unzukämmlichkeiten gekommen ist, die darauf zurückzuführen sind, daß den Anordnungen von Parlamentsbediensteten nicht entsprechend Rechnung getragen wird."

Anlässlich der Beratung der Kapitel Oberste Organe im Finanz- und Budgetausschuß hat der Präsident des Nationalrates mitgeteilt, daß von der Parlamentsdirektion keine derartigen Feststellungen an das Bundesministerium für Unterricht und Kunst erfolgt sind. Außerdem erklärte er, daß ihm keine "Unzukämmlichkeiten" bekannt seien.

In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, daß schon in einigen Fällen die Teilnahme an Parlamentssitzungen im Rahmen der "Wien Aktion" nicht gestattet wurde, obwohl auf der Galerie

- 2 -

Plätze frei waren. Das gilt beispielsweise für die Sitzung des Plenums des Nationalrates am 18. Oktober 1977.

Vor allem für Schüler aus den westlichen Bundesländern wäre es schon aufgrund der weiten Reise wünschenswert, soweit wie möglich ihnen die Teilnahme an Parlamentsitzungen zu eröffnen.

Aus diesem Grund richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Unterricht und Kunst folgende

A n f r a g e :

- 1) Auf welche Grundlage stützt sich das Rundschreiben der Abteilung 53. vom 18. Februar 1977 betreffend Parlamentsbesuche im Rahmen der Aktion "Österreichs Jugend lernt ihre Bundeshauptstadt kennen."?
- 2) In wieviel Fällen wurden seit Erlaß dieses oben angeführten Rundschreibens Parlamentsbesuche von Schulklassen nicht gestattet?
- 3) Durch welche Maßnahmen werden Sie hinkünftig dafür sorgen, daß Schulklassen die Teilnahme an Parlamentssitzungen im Rahmen des möglichen gestattet wird?